

Wasserentnahmeentgeltgesetz (Plenarsitzung vom 23.02.2011)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel* (LINKE): Herr Präsident! Damen und Herren! Wir sind ziemlich am Ende dieser ersten größeren Beratung zum Haushalt 2011. Ich bin schlichtweg entsetzt über die CDU/FDP-Opposition. Ich kann mich in meiner langen Zeit hier im Landtag nicht daran zurückerinnern, dass sich eine Opposition hinsetzt, keinen einzigen Vorschlag macht, wo gespart werden soll, sondern sich im Gegenteil völlig wegdrückt und sich auf der anderen Seite gegen Einnahmeverbesserungen jeder Art sperrt, aber trotzdem immer wieder konkrete Mehrforderungen erhebt. Das ist ideologische Fundamentalopposition mit heuchlerischem Charakter. Anders kann ich es nicht bezeichnen.

(Beifall von der LINKEN)

Das gilt vor allen Dingen dann, wenn man erlebt hat, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben. Es ist schon zu Recht darauf hingewiesen worden: Sie haben damals – anders, als Sie es im Wahlkampf versprochen haben – das Gesetz nicht abgeschafft, sondern haben es über eine zeitlich längere Strecke ausgedehnt, weil Sie genau das gemacht haben, was Sie dieser Landesregierung jetzt vorwerfen. Sie wollten das Geld für haushalterische Zwecke einnehmen. Das ist letztlich auch der Hintergrund dafür gewesen, warum Sie das Gesetz nicht sofort abgeschafft haben, wie Sie es im Wahlkampf 2005 versprochen hatten. Das Geschäft, das Sie hier betreiben, ist wirklich heuchlerische Doppelmoral. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben uns den Gesetzentwurf zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes natürlich mit Interesse angesehen. Aus meiner und unserer Sicht ist er vom Ansatz her sehr richtig. Leider bleiben Sie mindestens auf halber Strecke stehen. Es ist nämlich überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum das Gesetz im Charakter bestehen bleiben soll, ohne einer grundlegenden Revision unterzogen zu werden.

Ich kann nicht verstehen, warum – das Stichwort ist von den Grünen genannt worden – zum Beispiel die Braunkohlesümpfungswässer weiter ausgenommen sein sollen. Die Energiekonzerne machen Milliarden Gewinne, und die Aktionäre profitieren davon, also wieder mal die

Besserverdienenden. Aber hier soll ein bestimmter Bereich, nämlich die Braunkohle, wieder ausgeklammert werden. Das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht nachzuvollziehen.

Wir wollen eine weiter gehende Revision als das, was hier ja vorgesehen ist. Wir bieten der Koalition der Einladung auch Gespräche darüber an. Wir sind bereit, in die Richtung mitzugehen, die Sie vorschlagen, möchten aber gerne darüber hinausgehen.

Gerade haben wir lang und breit darüber diskutiert, dass wir in Nordrhein-Westfalen Einnahmedefizite haben. In der Tat haben wir hier viele Probleme, die tatsächlich im Sinne von Vorsorgepolitik gelöst werden sollen. Natürlich haben wir auch ökologische Vorsorgepolitik zu leisten. Da ist es überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum hier wasserintensive Betriebe ausgeklammert werden sollen, die noch dazu Milliarden Gewinne machen. Deswegen fordern wir von der Minderheitsregierung auch eine weiter gehende Revision des Wasserentnahmeentgeltgesetzes ein.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Herr Minister Rimmel zu Wort gemeldet.